



Investieren statt bremsen

Beitrag von Henry Soehl, Bürgerliches Mitglied der SPD Fraktion in Schenefeld

Die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Schuldenbremse offenbart die wachsenden Schwierigkeiten bei ihrer Anwendung – die Verfassung schreibt eine Begrenzung der Staatskredite vor. Die Regeln treffen auf internationale Herausforderungen. Der Gesetzgeber führte die Schuldenbremse ein, um ausgeglichene Finanzen zu schaffen; die Wirtschaft sollte langfristig stabil bleiben.

Die Beschränkungen stoßen während der Corona-Pandemie an ihre Grenzen. Der Ukraine-Krieg verschärft die Lage zusätzlich. Die politischen Entscheider verlieren unter den Vorgaben ihre Spielräume für notwendige Maßnahmen.

Der Staat benötigt finanzielle Ressourcen, um die grüne Transformation anzuschieben, das Bildungssystem voranzubringen, in marode Brücken und Straßen zu investieren und seine Bürger sozial zu schützen. In diesem Kontext erfordert die Wirtschaftspolitik nicht nur ein Gleichgewicht der Finanzen, sondern auch eine Strategie, die gesellschaftliche und ökologische Ziele integriert.

In einer offenen Marktwirtschaft ist es notwendig, dass der Staat auch dann eingreift, wenn der Markt allein nicht ausreicht, um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Die Schuldenbremse steht diesem Ansatz jedoch im Weg, da sie zu einer starren Ausgabenpolitik führt, die Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche behindert.

Eine Reform der Schuldenbremse würde dem Staat wieder die Möglichkeit geben, solche Eingriffe gezielt und flexibel umzusetzen, ohne die langfristige Stabilität der Staatsfinanzen zu gefährden. Eine wirtschaftliche Situation zwingt uns zu großen Schritten: Der Staat braucht Ressourcen, um nicht nur Krisen zu bewältigen, sondern auch eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu gestalten. Die grüne Transformation, der Ausbau von Bildung und Infrastruktur sowie der soziale Schutz der Bürger sind nicht nur notwendige Maßnahmen, sondern auch Investitionen, die das Fundament für kommende Jahrzehnte legen. Eine Reform der Schuldenbremse lockert nicht einfach die strengen Regeln; sie schafft stattdessen einen Rahmen, welcher schnelles Handeln in Notsituationen erlaubt und gleichzeitig eine starke Zukunft aufbaut.

Eine zentrale Rolle spielt die gesellschaftliche Komponente. Die Schuldenbremse wirkt sich auf die Sozialpolitik fundamental aus; ihre Folgen durchdringen alle Lebensbereiche. Die Einschnitte in die Haushalte bremsen den Ausbau der Rentenversicherung, der sozialen Leistungen und der Arbeitsmarktpolitik. Diese Kürzungen treffen vor allem die Bürger, die mit wenigen Mitteln auskommen müssen. Etliche Betroffene zweifeln inzwischen an der Verlässlichkeit öffentlicher Unterstützung. Wer staatliche Hilfe benötigt, erlebt eine Politik, die sich stetig zurückzieht und abbaut. Solche Entwicklungen spalten nicht nur die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sondern gefährden auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In einer Gesellschaft, in der soziale Vorbehalte und wirtschaftliche Ängste wachsen, beeinflussen solche Einschnitte das Wahlverhalten grundlegend. Wer sich von politischen Institutionen verlassen vorkommt, wendet sich oft radikaleren Parteien zu – sie locken mit vermeintlich einfachen Lösungen und behaupten, die Wahrheit zu verkünden. Rechte Gruppierungen, die sich als Beschützer der Bevölkerung darstellen, gewinnen in Krisenphasen Unterstützung. Ihre Vorschläge versprechen Steuersenkungen für Wohlhabende und propagieren den Abbau sozialer Absicherungen – eine Strategie, die Unterschiede zwischen Arm und Reich weiter vergrößert.

Fraktion Schenefeld

Der Staat könnte durch eine Reform der Schuldenbremse nicht nur die Wirtschaftsprozesse stabilisieren, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern, indem er Investitionen in soziale Sicherheit und Infrastruktur wieder ermöglicht. Die Reform der Schuldenbremse sichert die gesellschaftliche Stabilität unseres Landes. Der Staat lenkt nicht bloß wirtschaftliche Abläufe; er garantiert vielmehr sozialen Ausgleich und bringt unterschiedliche Gesellschaftsgruppen zusammen.

Eine verbesserte Schuldenbremse lässt zu, in Bildung zu investieren, die Wissen vermittelt, in soziale Sicherheit, die jeden auffängt, und in eine Infrastruktur, die jeden verbindet. Solche Investitionen stabilisieren nicht nur die Wirtschaft, sondern fördern den Frieden zwischen allen Gruppen. Sie stärken das Vertrauen in staatliche Institutionen. Immer weniger Bürger wandern dann zu Populisten ab.

Eine ausgewogene Strategie zwischen stabilen Staatskassen und einer umsichtigen Sozialpolitik steht im Mittelpunkt.

Der Staat braucht Handlungsspielraum für unvorhersehbare Krisen.

Das Gemeinwesen muss vorangehen und seine Ziele für eine Gesellschaft erfüllen, die allen Bürgern Chancen bietet.

Ein neues Konzept zur Schuldenbremse würde der Bevölkerung wieder Vertrauen in demokratische Prozesse geben.

So lässt sich eine Abwanderung zu extremistischen Parteien verhindern.

Eine Wirtschaftsstrategie, die kommende Herausforderungen meistert, schafft das Fundament für ein Zusammenleben, in dem jeder die gleichen Möglichkeiten hat.

Februar 2025, *Henry Soehl*,
bürgerliches Mitglied der Schenefelder SPD Fraktion